

BARBARA PRAMMER,
PRÄSIDENTIN DES NATIONALRATS

**REDE ANLÄSSLICH DER
JAHRESVERSAMMLUNG DES
DOKUMENTATIONSARCHIVS
DES ÖSTERREICHISCHEN
WIDERSTANDES AM 9. MÄRZ 2010,
ALTES RATHAUS**

Aus: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2011, Wien 2011

„Eine Art geschichtliches Gewissen Österreichs“ hat Bürgermeister Michael Häupl das Dokumentationsarchiv anlässlich seines 40-jährigen Bestehens im Jahr 2003 bezeichnet. Wolfgang Benz charakterisiert das Dokumentationsarchiv als „Juwel, das pflegliche Behandlung erfordert“. Und Henry Friedlander meint, solange das DÖW existiert, kann er sicher sein, „dass das Land nicht in die Vergangenheit zurückfällt“. Ich kann mich all diesen Worten nur anschließen und bedanke mich für die Einladung, anlässlich der Jahreshauptversammlung 2010 den Festvortrag zu halten.

Erlauben Sie mir eingangs einige aktuelle Zahlen aus der Studie „Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990–2008“ zu zitieren:

- 88 % der ÖsterreicherInnen meinen, dass Demokratie zwar die beste aller Regierungsformen ist,
- trotzdem können 21 % sich sehr oder ziemlich gut vorstellen, einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss:

Der Verfassungsschutzbericht 2009 zeigt,

- dass die Zahl der Anzeigen im rechtsextremen Milieu zwischen 2007 und 2008 um 11 % gestiegen ist
- und dass sich die Zahl der Tathandlungen mit rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem oder islamophobem Hintergrund um 22 % erhöht hat:

Lassen Sie mich noch an konkrete Beispiele erinnern: die tätlichen Übergriffe auf Holocaust-Überlebende in Ebensee 2009; die Kandidaten einer Welsler Bürgerliste, die sich in der KZ-Gedenkstätte mit Hitlergruß und neonazistischen T-Shirts zeigen und die – wie der Verfassungsgerichtshof erst vergangene Woche bestätigte – zu Recht von der Gemeinderatswahl 2009 ausgeschlossen wurden. Und – besonders bedrückend – die nochmalige Schändung der Gedenkstätte Mauthausen in der Nacht auf vergangenen Freitag.

Ich bin heute Abend nicht hier, um schwarzzumalen oder um Österreich schlechtzureden. Denn trotz aller bedenklichen Vorkommnisse – und da werden sie mir zustimmen – ist die österreichische Demokratie gefestigt. Zudem ist Österreich in einen Staatenverbund eingegliedert, der das größte Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts darstellt. Die zentrale Antwort Europas auf die Erfahrung des Zivilisationsbruches Nationalsozialismus ist heute mehr denn je gültig: die Menschenrechte. Ihre Achtung und Wahrung steht im Zentrum der europäischen Bemühungen.

Lassen wir uns aber nicht täuschen. Antidemokratische und rechtsextremistische Kräfte existieren. Und: diese Kräfte erringen bei Wahlen Zustimmung in bedenklichem Ausmaß. Vaclav Havel hat dieses Paradoxon der Demokratie so formuliert:

„Der Nachteil der Demokratie besteht darin, dass sie denjenigen, die es ehrlich mit ihr meinen, die Hände bindet. Aber denen, die es nicht ehrlich meinen, ermöglicht sie fast alles.“

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und darf zu keiner solchen werden. Im Gegenteil: Wir müssen Demokratie jeden Tag aufs Neue erringen und erkämpfen. Um noch deutlicher zu werden: Der Rechtsradikalismus darf nicht noch weiter in die Mitte unserer Gesellschaft vordringen. Uns allen muss klar sein, dass dieses Gedankengut nicht nur eine von vielen Ideologien ist. Dieses Gedankengut birgt demokratiegefährdende Potentiale in sich. Was meine ich damit, wenn ich vom Eindringen in die Mitte der Gesellschaft spreche? Es bedeutet zunächst einmal nicht, dass ein großer Teil der Österreicherinnen und Österreicher rechtsextrem oder neonazistisch agiert oder solches Engagement in Betracht zieht. Es bedeutet aber, dass immer mehr Menschen Sympathien für dieses Gedankengut hegen oder es zumindest, und das ist ebenso bedenklich, stillschweigend dulden.

Nehmen wir zum Beispiel nur Übereinstimmungen bei der Suche nach gesellschaftlichen Feindbildern. Immerhin meinen 55 % der Österreicherinnen

und Österreicher, dass das Credo „Je weniger Ausländer, umso besser“ auf den Großteil der Bevölkerung zutreffen würde. (Quelle: IMAS, Mai 2009) Diese Sympathie und dieses Dulden aber sind entscheidend, denn nur so kann diese rechtsradikale Struktur überhaupt wachsen.

Der deutsche Journalist Toralf Staud leitet daraus eine Handlungsaufforderung für alle ab, indem er schreibt, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus „in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen“ stattfinden muss. Denn: „Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen.“

Blicken wir in die eigene Geschichte, so wird deutlich, wozu Dulden, Wegsehen und Mitlaufen schon einmal geführt haben. Deutlich wird aber auch, wie schnell solche Entwicklungen Platz greifen können.

Diese Analyse ist für mich so relevant, weil sie zeigt, dass demokratische und politische Bildung wichtiger denn je sind. Gerade für junge Menschen, aber nicht nur für junge Menschen.

Demokratische und politische Bildung erschöpfen sich aber nicht in Institutionenkunde. Dazu ist die Reflexion gesellschaftlicher und demokratischer Prozesse notwendig. Die Diskussion über zivilgesellschaftliches Engagement und Courage im Alltag. Vieles davon ist in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte lern- und erfahrbar. Der kategorische Imperativ gerade für politisches Handeln muss daher lauten: Nur, wer die Vergangenheit kennt, ist fähig die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten.

Wenn wir über demokratische, antifaschistische politische Bildung sprechen, muss es zuallererst um die Kenntnis historischer Fakten gehen. Dieses Wissen muss dann in Bezug zur eigenen Gegenwart gesetzt werden.

Die Reflexion wird dabei durch zwei Faktoren erschwert: Einerseits durch die unterschiedlichen Ebenen der Erinnerungsarbeit, also familiäre Erzählungen sowie Wissensvermittlung in Schulen und Projekten. Zum Beispiel muss das zu Hause vom Großvater Erzählte nicht zwangsläufig mit den in der Schule vermittelten historischen Fakten übereinstimmen. Andererseits müssen wir uns in der Auseinandersetzung mit einem Grundproblem der Erinnerung an den Nationalsozialismus befassen: der Erinnerung als Täterinnen und Täter.

Ein weiterer Aspekt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheint, ist das Schaffen persönlicher Anknüpfungspunkte. Lassen Sie mich dies an meinem eigenen Beispiel verdeutlichen: Im Rahmen meines Soziologiestudiums habe ich eine Abschlussarbeit zum Thema „Kinder und Jugendliche in NS-Konzentrationslagern“ verfasst. Damals war ich selbst junge Mutter

meiner beiden Kinder. Die Reflexion des Gelesenen unter Bezugnahme auf meine eigene Lebenssituation hat mich nie wieder losgelassen. Daraus entstand eine persönliche Motivation, die ich bis heute in mir trage.

Diese Motivation, dieser Leitgedanke ist, die damaligen Ereignisse und vor allem die Opfer niemals zu vergessen. Und dafür zu sorgen, dass so etwas niemals wieder geschehen kann. Dieses „Niemals wieder!“ greift aber zu kurz, ich füge dem das „Wehret den Anfängen!“ hinzu. Ich denke, dass viele der Anwesenden eine ähnliche Motivation erfüllt.

Es reicht aber in der politischen Bildung nicht aus, aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir müssen auch die Verantwortung, die sich daraus ableitet, wahrnehmen. Sei es im Bereich der Restitution oder bei Entschädigungs- und Sozialleistungen. Insbesondere trifft die Verantwortungsübernahme auf Politikerinnen und Politiker zu.

Ich habe im vergangenen Jahr am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai betont und ich werde es auch dieses Jahr wiederholen: Wo kein klarer Trennstrich zu Rechtsextremismus und Neonazismus gezogen wird, da herrscht Aufklärungsbedarf. Und dieser Aufklärungsbedarf ist weit vor der juristischen Grenze des Verbotsgesetzes gegeben.

Nur, weil jemand Formulierungen wählt, die strafrechtlich nicht relevant sind, heißt das nicht, dass das dahinterstehende Gedankengut nicht zutiefst antidemokratisch sein kann. Es heißt bloß, dass er oder sie die richtigen Kürzel zu bedienen weiß. Gerade wieder erleben wir das in der Diskussion rund um den Bundespräsidentenwahlkampf. Natürlich würde ich mir wünschen, dass es wirklich eine „Feuermauer“, eine ganz klare Grenze, zur Zeit des Nationalsozialismus für alle und bei allen geben würde. Das ist aber nicht der Fall und das ist inakzeptabel.

Betrachten wir aber die Debatte in den letzten Tagen, so stimmt mich eines schon positiv: Es gab sofort und rasch von vielen Seiten sehr eindeutige Abgrenzungen zu diesen Relativierungsversuchen. Rechte „Codes“, Hintergründe und so genannte „Rechtsverbinder“ wurden in unterschiedlichen Medien thematisiert. Damit wurde deutlich gemacht, was wirklich hinter Aussagen zu „angeblicher Meinungsfreiheit“ oder dem „Geschichtsunterricht der 60er Jahre“ steht. Kurz: die Diskussion gewinnt an Tiefe, was ich sehr begrüße. Denn auf die wiederholten Angriffe gegen das Verbotsgesetz muss unsere Antwort lauten: Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Denken wir nur an einschlägige Homepages. Neben offen antisemitischer und neonazistischer Hetze werden dort auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DokumentationsarchivS verleumdet, bedroht und diffamiert. Nicht

zuletzt wird dort auch dazu aufgefordert, mir und allen Frauen im Parlament „eine ordentliche Tracht Prügel“ zu verpassen.

Die konsequente Überwachung der rechtsextremen Szene sowie die gezielte Verfolgung von Straftaten in diesem Bereich sind daher unumgänglich. Hier gibt es noch großen Handlungsbedarf. Nehmen wir zum Beispiel die Schändung der Gedenkstätte Mauthausen vergangenen Freitag. Musste wirklich ein zweites Mal ein über 20 Meter langer antisemitischer, rassistischer Schriftzug auf der Außenmauer – für alle sichtbar – prangen? Musste diese Verhöhnung der Opfer wirklich ein zweites Mal geschehen? Konnte denn dagegen wirklich nichts getan werden? Ich hoffe sehr, dass die naheliegende Antwort – die Installation einer Videoüberwachung – nun endlich gegeben wird. Denn was für jeden Bahnhof Österreichs Realität ist, war bisher in einer Gedenkstätte nicht möglich.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes lebt eine aktive Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte. Auf der einen Seite steht die exzellente wissenschaftliche Forschung, die weit über die Grenzen hinaus bekannt ist.

Ich verweise hier auf die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, die die Opfer dem Vergessen entrissen hat, auf die umfassenden Schriften zum Widerstand, die couragierte und mutige Taten dokumentieren, oder auf die Pionierarbeiten z. B. im Bereich NS-Euthanasie und zur NS-Justiz.

Sie alle geben ihr Wissen aber auch in unzähligen Vorträgen, Diskussionen und Workshops an junge Menschen weiter. Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die herausragende Arbeit im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem ist Ihre Expertise in vielen wichtigen Projekten und Ausstellungen gefragt und geschätzt. Damit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs einen unschätzbar wichtigen Beitrag zu demokratischer und politischer Bildung in diesem Land.

Auf der anderen Seite ist das Dokumentationsarchiv eine Art „mahnende Stimme“. Eine Institution, die seit 1963 sehr kritisch Österreich – was die eigene Geschichte betrifft – den Spiegel vorhält. Keine andere Institution hat – was ihre Entstehungsgeschichte betrifft – mehr Legitimation dies zu tun. Weil sie von den Opfern gegründet wurde, die – lange bevor das offizielle Österreich sich mühsam dazu durchgerungen hatte – ein unverfälschtes, ehrliches Geschichtsbild forderten.

Das Dokumentationsarchiv hat damit eingefordert, worauf der erste deutsche Bundespräsident schon 1952 in Bergen-Belsen hingewiesen hatte:

„[...] wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde. [...] Wer hier als Deutscher spricht, muss sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen.“

Wo Theodor Heuss Deutsche sagt, müssen wir Österreicherinnen und Österreicher sagen.

Und eines dürfen wir ebenso nicht vergessen: Keine andere Institution Österreichs wurde und wird dafür und für seine Arbeit öffentlich mehr kritisiert.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass selbst die viel zu spät und oft zaghaft gesetzten Initiativen in Österreich undenkbar gewesen wären ohne die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DÖW, ohne deren wissenschaftliche Forschung, die Zusammenstellung eines umfassenden Archivs und das persönliche, oft ehrenamtliche Engagement.

Ich darf noch einmal auf das vorher zur politischen Bildung Gesagte zurückkommen. Der deutsche Soziologe Ludger Klein schreibt dazu sehr treffend:

„Demokratische Werte fallen nicht vom Himmel. Demokratische Werte, Einstellungen und Handlungsmuster benötigen vielmehr den Horizont praktischer Erfahrungen und daran anknüpfende Lernprozesse.“

Das Anstoßen dieser Lernprozesse kann in vielfältiger Weise erfolgen: in einer Schule, die ein Mahnmal für vertriebene und ermordete Schülerinnen und Schüler initiiert; eine Jugendgruppe, die die DÖW-Ausstellung besucht; oder durch das Lesen antifaschistischer Literatur.

Heute Abend wird im Rahmen der Jahreshauptversammlung eine Frau ausgezeichnet, die zu Recht als wichtigste Kinder- und Jugendbuchautorin Österreichs bezeichnet wird: Christine Nöstlinger. Antifaschismus ist eines ihrer zentralen Leitmotive, das sich durch viele ihrer Bücher zieht. Insofern verstehe ich ihr Werk als Anstoß zum Lernprozess, so wie eben im Zitat von Ludger Klein skizziert.

Christine Nöstlinger meint über ihr Schaffen selbst zwar, dass die Lektüre ihrer Bücher Kinder, die ja immerhin die machtlosesten in ihren Familien sind, nicht zum Aufbegehren veranlassen könnte. Ihre Bücher schaffen es aber, Kinder zum kritischen Denken und Hinterfragen anzuregen. Sie zeigen Kindern, dass sie mit all ihren Fragen, Wünschen und Erlebnissen nicht allein sind. Die Bücher von Frau Nöstlinger sind tröstlich, unterhaltsam und vor allem eines: weise. Und das in sehr einfachen Worten.

Es freut mich daher besonders, dass heute Abend auch der Verkauf-Verlon Preis an Sie, Frau Nöstlinger, überreicht werden wird. Dieser Preis ergeht für antifaschistische Publizistik und zeichnet Texte aus, die zum Denken, zum Kritisieren und zum Lernen anregen.

In Christine Nöstlingers Büchern begegnen wir Figuren, die eines gemeinsam haben – sie sind auf die eine oder andere Weise Außenseiter und sie hinterfragen; nicht nur sich oder ihre Freunde, auch die Erwachsenen und ihre Welt. Da gibt es die „feuerrote Friederike“, die aufgrund ihrer roten Haare, die sich als Zauberhaare herausstellen, gehänselt wird. Oder Nasti, die sich allein zu Hause fürchtet und umgehend ein Schutzgespenst zur Seite gestellt bekommt. Oder die Christel in „Maikäfer, flieg“, die sich mit dem russischen Soldaten Cohn anfreundet, obwohl ihn niemand sonst mag. Es gibt die couragierten Charaktere, wie den Briefträger, der Friederike jeden Tag von der Schule abholt und sie damit vor den anderen Kindern beschützt. Oder eben das Gespenst Rosa Riedl, die den Krieg über damit beschäftigt ist, Gauleiter zu ärgern, HJ-Buben zu zwicken und die NS-Frauenschaft durcheinanderzubringen. Und über all dem noch darauf schaut, dass Gerechtigkeit herrscht im Häuserblock. Damit meint sie Lebensmittel umzuverteilen, von denen, die mehr haben, hin zu jenen, die nichts haben. Meistens also von Nazis zu Nicht-Nazis.

Genau das sind die Werte, die Christine Nöstlinger in ihren Werken vehement vertritt: Gerechtigkeit, Courage und Solidarität. Es geht darum, für andere einzustehen und sie zu verteidigen. Also um wahre Freundschaft – wie eben zwischen Christel und Cohn. Und es geht darum, nicht feige zu sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus hat Christine Nöstlinger als 1937 Geborene als Kind miterlebt. Diese Erfahrungen hat sie besonders in „Zwei Wochen im Mai“ und in „Maikäfer, flieg!“ verarbeitet. Der Kampf gegen Alltagsfaschismus findet sich aber in vielen anderen Büchern, wie den bereits zitierten „Rosa Riedl Schutzgespenst“ und „Die feuerrote Friederike“ oder in „Wir pfeifen auf den Gurkenkönig“.

Dass es sich lohnt für die eigenen Ideale zu kämpfen, das zieht sich auch durch viele ihrer Werke – beispielhaft sei hier noch „Nagle einen Pudding an die Wand“ angeführt.

Wenn ich zurückkomme auf den formulierten Leitsatz, die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit betreffend, so findet sich dieser in ähnlicher Form in der Vorbemerkung zu „Zwei Wochen im Mai“:

„Die Geschichte, die ich erzähle, ist mehr als dreißig Jahre alt. Zwölf war ich damals und der große Krieg war seit drei Jahren zu Ende. Damals war alles anders. Aber damals hat alles angefangen, was es heute noch gibt.“

Christine Nöstlingers Verdienst ist es, dieses „Damals“ nachfolgenden Generationen begreifbar zu machen und aktive Auseinandersetzung angeregt zu haben. Sie hat Kindern und Jugendlichen Werte wie Courage, Selbstbewusstsein, Solidarität und Gerechtigkeit nahegebracht. Werte, die antifaschistische Publizistik auszeichnen.

Ich gratuliere Ihnen, Frau Nöstlinger, zu dieser heutigen Auszeichnung und ich bedanke mich ausdrücklich für Ihr jahrzehntelanges, konsequentes Engagement. Bevor nun der Verkauf-Verlon-Preis an Christine Nöstlinger überreicht wird, lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen kommen.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist und bleibt für mich eine zentrale Institution zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich. Das Dokumentationsarchiv mahnt, es kritisiert und stößt damit breite Diskussionen an. Zu Recht fordert es einen klaren Umgang mit der österreichischen Vergangenheit und eine differenzierte Sichtweise der Verantwortungsübernahme ein. Die ausreichende Finanzierung des Dokumentationsarchivs ist derzeit nicht gesichert. Ich halte das für inakzeptabel. Ich fordere daher eindringlich alle finanzierenden Stellen auf, das Dokumentationsarchiv finanziell adäquat zu unterstützen.

Die heutige Rede bitte ich Sie daher als Plädoyer für das Dokumentationsarchiv und als Ausdruck meiner Wertschätzung aufzufassen. Ich darf Ihnen versichern, dass Sie hier jederzeit mit meiner Unterstützung rechnen können.

Denn – und davon bin ich fest überzeugt – wir brauchen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Heute, morgen und für alle Zukunft.